

Zusicherungs- und Freistellungserklärung

Nach § 13 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz, im folgenden "MiLoG") i.V.m. § 14 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmerentsendegesetz, im Folgenden "AEntG") haftet der Auftraggeber im Fall der Beauftragung eines Unternehmers mit der Erbringung von Werk- und Dienstleistungen für Verpflichtungen dieses Unternehmers oder seiner Nachunternehmer zur Zahlung des Mindestentgelts an Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen wie ein selbstschuldnerischer Bürge.

Zur Sicherstellung der Einhaltung der o.g. Regelungen und im Interesse einer angemessenen Risikoverteilung erklärt der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber folgende Zusicherungen und Haftungsfreistellungen bei Abschluss des Vertrages:

I. Zusicherungen

1. Der Auftragnehmer sichert zu, bei Ausführung von Aufträgen seitens des Auftraggebers die Vorschriften des MiLoG einzuhalten und den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.
2. Der Auftragnehmer sichert ferner zu, dass auch von ihm beauftragte Nachunternehmer und Verleiher (Leiharbeitsunternehmen im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes) die Vorschriften des MiLoG einhalten und den gesetzlichen Mindestlohn zahlen. Der Auftragnehmer sichert insoweit zu, seine Nachunternehmer und Verleiher entsprechend verpflichtet zu haben.
3. Der Auftragnehmer sichert zu, nicht von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen zu sein.
4. Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber auf Verlangen die Erfüllung der vorgenannten Zusicherungen durch geeignete Maßnahmen nach (z.B. Einsichtnahme in anonymisierte Lohn- und Gehaltslisten, Recht zur Durchführung eines Audits während der üblichen Geschäftsstunden nach vorheriger Ankündigung unter Beachtung von Geheimhaltung und Datenschutz).

II. Haftungsfreistellungen

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter, insbesondere Ansprüchen eigener Arbeitnehmer, eventueller Nachunternehmer oder Ansprüchen von Arbeitnehmern des Nachunternehmers oder eines beauftragten Verleihers aus oder im Zusammenhang mit den Vorschriften MiLoG freizustellen, die sich aus der Ausführung von Aufträgen des Auftraggebers durch den Auftragnehmer ergeben.
2. Die Verpflichtung zur Freistellung gilt ausdrücklich auch für Ansprüche von Sozialversicherungsträgern und Finanzbehörden.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, wenn er von eigenen Arbeitnehmern oder Arbeitnehmerinnen von Nachunternehmern oder einem beauftragten Verleiher im Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG in Anspruch genommen wird oder erfährt, dass derartige Ansprüche von Dritten, insbesondere von Arbeitnehmern oder Arbeitnehmerinnen des Nachunternehmers oder eines beauftragten Verleihers bzw. eines Sozialversicherungsträgers oder von Finanzbehörden geltend gemacht werden.
4. Sofern der Auftraggeber oder eines seiner Organe oder einer seiner Mitarbeitenden aus oder im Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG im Zusammenhang mit der Ausführung von Aufträgen des Auftraggebers durch den Auftragnehmer wegen fahrlässiger Verletzung von Vorschriften rechtskräftig zu einem Bußgeld oder zu einer Strafe verurteilt wird, erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber oder dem jeweils Belasteten das zu zahlende Bußgeld bzw. die zu zahlende Geldstrafe, soweit dies keine Strafvereitelung darstellt.
5. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus, den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, wenn ihm gegenüber ein Ordnungswidrigkeiten- und/oder Strafverfahren in Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG eingeleitet wird oder er Kenntnis von entsprechenden Ermittlungen - auch gegenüber seinen Nachunternehmern oder einem beauftragten Verleiher - erhält.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Erklärung oder Teile solcher Bestimmungen rechtsunwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der Erklärung im Übrigen davon nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Fall eine Vereinbarung treffen, die die unwirksame Erklärung durch eine rechtlich zulässige Erklärung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Erklärung möglichst nahekommt, ersetzt. Entsprechendes gilt für Lücken der Erklärung.